



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hr.: Aus Baden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Land wurde, waren es hauptsächlich merkantile Beziehungen, welche zu einer Vergrößerung der Macht führten. Wenn die ersten Boten des weißen Czaren die Kasaken sind, welche die Landesgrenzen weit in ein benachbartes unruhiges Gebiet vorschieben, wenn diesen dann zunächst ein Corps von Topographen, Verwaltungsbeamten und Besatzungstruppen folgt, welche das neue Land vermessen, in geregelte Verwaltung nehmen und militairisch besetzen, ohne daß zunächst irgend welche directen oder indirecten Einkünfte dem Reich erwachsen — so sind es in England Kaufleute, welche günstige Handelsverbindungen mit den Nachbarländern erspähen. Bald folgt ein politischer Agent, der Handelsverträge abschließt und allmählich Einfluß auf alle Regierungsmaßregeln zu gewinnen sucht. Bald findet sich dann auch ein willkommener Vorwand, die Zügel der Regierung straffer in die Hand zu nehmen, indem, angeblich, ohne die Souveränität des Fürsten anzutasten, der diplomatische Agent in einen Verwaltungs-Beamten verwandelt wird und als chief commissioner das Land im englischen Interesse regiert.

So waren es ganz verschiedene Interessen, welche die beiden Mächte zur Vergrößerung ihres Gebiets in Asien führten, aber beide brachten den unterworfenen Ländern größere Kultur, und durchaus nicht undenkbar ist ein friedliches Bestehen beider Mächte neben einander. Ein Krieg zwischen Rußland und England auf europäischem Schauplatze wird aber schwerlich von einem Zusammenstoß auf asiatischem Boden trennbar sein und umgekehrt.

Danzig.

v. Janson,
Hauptmann im Generalstabe.

Kus . Baden.

Nochmals der Ministerwechsel. — Staatlich-kirchliche Annäherungsversuche. — Reichstagswahlen. — Deutsch-conservative Partei.

Der in Heft 43, 1876, dieser Zeitschrift veröffentlichte Aufsatz über den Ministerwechsel in Baden wurde von der Tagespresse mehrfach besprochen. Wir haben durchaus nicht die Absicht, mit den betreffenden Erörterungen uns eingehend auseinanderzusetzen. Soweit dieselben unsere Darlegung bezüglich der tieferen Ursachen des Ministerwechsels und die aus solcher Darlegung hinsichtlich des ferneren Ganges der badischen Politik sich ergebenden Schlüsse

mit Gründen bekämpften, die z. B. dem Hinweis auf die auch für die Zukunft unbedingte Gewähr bietende Vergangenheit des Großherzogs Friedrich entstammen, so fallen diese Gründe für uns nicht sehr schwer in die Waagschale. Wir verwahren uns gegen die von der „Allg. Ztg.“ beliebte Deutung unserer betreffenden Ausführung, als hätten wir den Fürsten des „Wankelmuths“ beschuldigt. Haben wir doch ausdrücklich erklärt, daß wir an dem aufrichtigen Willen des Großherzogs, die bisherige Regierungspolitik sowohl in Betreff der inneren Angelegenheiten, als in Bezug auf den nationalen Gedanken auch fernerhin maßgebend sein zu lassen, nicht im mindesten zweifeln. Für uns hätte es der feierlichen Versicherung nicht bedurft, die der Großherzog am 31. Oktober v. J. beim Schlußempfang der Abgeordneten zur evangelischen General-synode vor den Vertretern der evangelischen Landeskirche aussprach, „daß keine Aenderung eintreten werde in der Richtung, die wir — auf dem staatlichen Gebiet — seit langen Jahren eingehalten haben.“ „Ich versichere hier das um so lieber“ — so führte der fürstliche Redner aus — „als ich weiß, daß keine Sehnsucht bestand, eine andere Richtung zu verfolgen weder in den Angelegenheiten unseres Landes, noch in denen, die sich auf das Reich beziehen.“ Auch dieses Wort ist aufrichtig gesprochen, und es wird von uns nicht gedeutet und nicht gedeutet. Der Wille steht fest. Aber ist mit dem Wollen auch in jedem einzelnen Falle schon das Vollbringen gegeben? Wir haben in unserem vorigen Aufsatz davon geredet, daß die vordem bewiesene opferfreudige Hingebung an den nationalen Gedanken einer gewissen Zurückhaltung gewichen sei, daß der „Kulturkampf“ mit der unter Solly energisch durchgeführten Verwirklichung freisinnigster Principien nicht mehr genehm sei, und das Alles in erster Linie bei dem „Hof“ im weiteren Sinne des Wortes, sodann aber auch mehr oder minder bei dem Fürsten selbst, der sich den betreffenden Einflüssen nicht ganz entziehen konnte. Die „Allg. Ztg.“ setzt uns die Pistole auf die Brust und verlangt Beweise für solche Behauptung. Nun gibt es aber bekanntlich viele Dinge zwischen Himmel und Erde, die sich mathematisch nicht beweisen lassen, aber dennoch faktisch vorhanden sind. Solch ein Ding etwa möchte hier vorliegen, obwohl, wenn es absolut sein müßte, eine oder die andere Beweisführung angetreten werden könnte — u. A. nöthigenfalls auch über Berlin — die nicht zu durchkreuzen wäre. Jedoch genug hiervon. Der Wille des Fürsten steht fest. Aber jene Stimmung bei „Hof“ ist damit nicht aus der Welt geschafft, aus hohen und höchsten, wie aus niedern und niedersten Kreisen der Bevölkerung heraus wird ihr stete Nahrung zugeführt. Nun denn! Ein klein wenig von dem, was man psychologischen Scharfblick nennt, und sodann ein „Collegium Logicum“ — und siehe da, unsere Aufstellung bezüglich der tiefsten Ursache des Ministerwechsels, als auch bezüglich der politischen Signatur der nächsten

Zukunft unseres badischen Staatslebens ist uns nicht im mindesten wankend gemacht! Man hat uns auf die Mannheimer Bankreden verwiesen. Dieselben wurden am 14. Oktober v. J. gelegentlich der Eröffnungsfeier des dortigen neuen Personenbahnhofes von dem Herrn Staatsminister Turban und dem Präsidenten des Ministeriums d. J.*), Herrn Stösser, gehalten, als eben unser erster Aufsatz bereits in der Druckerei lag. Der Herr Staatsminister hat dort constatirt, daß die Stellung des vorigen Ministeriums schon im Verlaufe des letzten Landtags erschüttert war, und daß die neue Regierung eintreten werde „für eine feste Ordnung, ohne welche die höchsten Güter des menschlichen Daseins ihres Schutzes und Schirmes entbehren; wir werden eintreten für besonnenen Fortschritt und weiter arbeiten an der Förderung der geistigen, sittlich-religiösen und wirthschaftlichen Wohlfahrt unseres Landes; wir werden aber auch eingedenk sein, daß diese Wohlfahrt des Landes unzertrennlich ist von der Wohlfahrt des Reiches und werden an Kaiser und Reich festhalten in aufrichtiger Anhänglichkeit und Treue.“ Herr Ministerpräsident Stösser führte u. A. aus, daß er auf dem Gebiet des inneren Staatslebens nicht den Frieden um jeden Preis wolle, „namentlich nicht einen faulen Frieden, der nur erkauft werden könne auf Kosten der Autorität des Staates und des Gesetzes.“ Er scheue den Krieg nicht, wenn er nothwendig sei, aber er führe denselben nicht aus Neigung und nicht etwa als „Bligableiter.“ Abgesehen von der letzteren Aeußerung, die als ein Hieb gegen den eben zurückgetretenen Minister wohl besser nicht gefallen wäre, sind all diese Reden ganz recht und gut. Ungefähr dasselbe sagte Solly auch, nur mit ein bißchen anderen Worten. Uns hat es nicht etwa gewundert, daß jene Reden gesprochen wurden, als vielmehr, daß die Herren von der Mannheimer Demokratie für gut befanden, sie mit einem wahren Hagel von Beifallsalben zu überschütten. National und freisinnig wird die Richtung unserer Staatsregierung bleiben. Daß aber die entschiedene Färbung, welche dieselbe in beiden Beziehungen bisher getragen hat, beibehalten werde, können wir aus den im vorigen Aufsatz dargelegten Gründen nicht annehmen. Wird die Zukunft lehren, daß wir falsch geschlossen haben, so werden wir hierüber durchaus nicht ungehalten sein. Wir warten

*) In unserem letzten Artikel hatte der Seher an zwei Stellen aus „Präsident des Ministeriums d. J.“ den „Präsidenten des neuen Ministeriums“ gemacht. Die Leser haben zwar den harmlosen Druckfehler jedenfalls sofort herausgefunden, zumal ja wenige Seiten vorher klar gesagt war, daß Herr Stösser zum Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannt wurde. Verhängnißvoll aber werden solche Conjecturen in den Augen von Lesern, welche zwischen den Zeilen zu lesen suchen. So hat die „Allg. Zeit.“ diese Lesart „auffallend und bezeichnend“ gefunden und uns erzählt, es sei nicht das erstemal, daß versucht werde, „auf diese naive Weise“ — wäre wirklich äußerst naiv einem denkenden Leserkreis gegenüber! — „die Eifersucht des Staatsministers, der allein Präsident des Ministeriums ist, gegen den Minister zu erregen.“

ab, was die Zeit bringt. Und weil wir abwarten, so wollen wir auch weitere Betrachtungen unterlassen über einige von den Deutsch-Conservativen bereits lebhaft begrüßte Aeußerungen, die der Herr Staatsminister in einer Rede bei dem zu Ehren des neugewählten Karlsruher Reichstagsabgeordneten veranstalteten Banket kürzlich gethan hat. „Die Regierung kann nicht Partei sein“, hat der Redner erklärt, und den versammelten nationalliberalen Wählern hat er zugerufen: „möge es uns vergönnt sein, stets mit Ihnen zu gehen, und mögen Sie uns auch ferner treu zur Seite stehen, denn wir stimmen in den meisten Grundsätzen mit Ihrer Partei überein.“

Was wir im vorigen Aufsatz als unsere Ansicht bezüglich der politischen Signatur der nächsten Zukunft unseres Staatslebens und bezüglich eines bereits im Hintergrund auftauchenden neuesten Ministeriums gesagt haben, war nicht eine „Prophezeiung im Bibelton“, sondern eine aus bestimmt formulirten Vorderätzen gezogene Schlussfolgerung, der es wohl keinen Eintrag thun dürfte, daß wir mit Anlehnung an ein Bibelcitat (zu lesen: Apostelgesch. 5, 9.) gesprochen haben. In Folge verschiedener Vorgänge bei den eben stattgehabten Reichstagswahlen, worüber wir unten Näheres mittheilen werden, dürfte der vorausgeworfene Schatten des neuesten Ministeriums wieder etwas verblaßt sein. Als wir schrieben, war er es nicht. Aber die „politische Discussion“ des Correspondenten der „Allg. Ztg.“ wollte an diesem Punkt „abprallen“ und — ist abgeprallt.

Schließlich noch ein Zweifaches. Die „Allg. Zeitung“ und ein vielleicht aus derselben Feder, offenbar aus gleicher Quelle stammender Aufsatz der „Köln. Ztg.“ widersprechen der „Vermuthung“, als bestche zwischen dem Ministerwechsel und der spät erfolgten Publication der Schulgesetznovelle ein innerer Zusammenhang. Der Umstand, daß wir einleitend ausdrücklich erklärt hatten, wie wir auf Einfälle, die etwa zur Erklärung jenes Ereignisses in Anspruch genommen werden wollen, wenig Gewicht legen; die Thatsache sodann, daß wir die in Rede stehende Aufstellung selbst als „Vermuthung“ bezeichneten, lassen uns diese nachdrücklich abgegebene Erklärung beider Blätter mit großem Gleichmuth registriren. Auch die Berichtigung, daß nicht Solly und v. Frey-dorf für, Turban und Ellstätter gegen das Reichseisenbahnsystem gewesen seien, daß vielmehr gerade Ellstätter sich in dem vorigen Ministerium am wenigsten gegen dasselbe abgeneigt gezeigt habe, sei hiermit verzeichnet. Und damit wollen wir den Ministerwechsel ruhen lassen. —

Die nach langen Verhandlungen mit der Curie kürzlich erfolgte Besetzung der Präsidentenstelle des katholischen Oberstiftungsraths und im Zusammenhang damit einige Ernennungen, beziehungsweise Charakterisirungen in dieser Behörde haben zu manchen Erörterungen Veranlassung gegeben. Unseres

Erachtens war mit der im Jahr 1861 erfolgten Creirung des Oberstiftungsraths kein glücklicher Griff gethan. Der Oberstiftungsrath ist eine staatlich-kirchliche Behörde, eingesetzt zur Verwaltung des Intercalarfonds und der übrigen allgemeinen kirchlichen Fonds, sowie zur Führung der Aufsicht über die Verwaltung der kirchlichen Orts- und Districtsstiftungen, der besetzten und erledigten Pfründen. Er hat aus Katholiken zu bestehen, die zur Hälfte von der Großherzoglichen Regierung, zur Hälfte von dem Erzbischof gewählt und ernannt werden und sämmtlich beiden Theilen genehm sein müssen. Zum Vorsteher des Collegiums ist einerseits die Regierung, andererseits das erzbischöfliche Ordinariat solche Männer vorzuschlagen befugt, welche von dem einen oder andern Theil zur Führung dieses Amtes für geeignet erachtet worden. Derjenige führt das Amt, der sowohl von dem Erzbischof als von der Staatsregierung in gegenseitigem Einverständniß gewählt und ernannt ist. „Wenn ein mit Staatsdiener-eigenschaft angestelltes Mitglied oder ein Beamter des Oberstiftungsraths dem erzbischöflichen Ordinariat oder wenn ein geistliches Mitglied dieser Stelle der Großherzoglichen Regierung gegründeten Anlaß zur Unzufriedenheit geben sollte, so wird der betreffende Staatsdiener durch die Großherzogliche Regierung, der betreffende Geistliche durch das erzbischöfliche Ordinariat aus dem Oberstiftungsrath entfernt werden.“ Daß solche Bestimmungen in den meisten Fällen die weitläufigsten Verhandlungen nöthig machen und bei dem gegenwärtig zwischen Staat und Kirche bestehenden Verhältniß oft für Besetzung der Stellen die größten Schwierigkeiten bereiten, ist klar. Man will in den kürzlich stattgehabten Ernennungen die Spuren eines „Ausgleiches“ finden. Wir glauben nicht, daß hier auf Seiten des Staats ein „Ausgleich“ vorliegt in dem Sinn, daß der staatlichen Autorität irgend etwas vergeben worden wäre. Insbesondere dürfte der neu ernannte Präsident volle Gewähr bieten, daß er in seinem Amte die Rechte des Staates achtet und wahrh. Ob die betreffs der gedachten Besetzung mit der Freiburger Curie geführten Verhandlungen sich auch auf andere Punkte erstreckt haben bezw. erstrecken, wie mehrfach behauptet wird, ist nicht klar gestellt. Man spricht von Verhandlungen, die im Gange seien über die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles, und man will wissen, daß insbesondere die deutsche Kaiserin sich lebhaft bemühe, bezüglich dieser Frage einen „Ausgleich“ herbeizuführen. Man redet ferner davon, daß eine Vereinbarung bevorstehe über das staatliche Examen der jungen Theologen, jenes Examen — über die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung —, das der Staat bekanntlich fordert, während die Curie die Ablegung desselben verbietet, sodas in Folge dieser Auflehnung gegen das Gesetz die jungen Theologen die Priesterweihe nicht erlangen können und die seelsorgerlichen Kräfte der Kirche von Tag zu Tag schwinden. Abgesehen da-

von, daß die betreffs dieses Punktes geltende gesetzliche Bestimmung so klar und bestimmt gefaßt ist, daß eine Vereinbarung in dem Sinne, daß der Staat seine Forderung reduciren, kaum möglich ist, so ist bis jetzt durchaus kein thatsächlicher Anhaltspunkt gegeben, welcher zu der Annahme berechtigte, daß die Regierung nachgebend entgegenkommen wolle. In der That wäre auch ein Nachgeben gerade in diesem Punkt das Zeichen einer absolut verhängnißvollen Schwäche und müßte sich in einer consequent weitergehenden Schädigung der Staatsautorität empfindlichst rächen.*)

Bei den Reichstagswahlen am 10. Januar wurden für die national-liberalen Candidaten 121,942 Stimmen abgegeben, für die Ultramontanen 87,385 Stimmen, für die Deutschconservativen 18,618 Stimmen, für fortschrittliche und demokratische Candidaten 4037 Stimmen, für Sozialdemokraten 3593 Stimmen, endlich noch 126 zerplitterte Stimmen. Die zwei nachgefolgten Stichwahlen haben das Zahlenverhältniß auf Kosten der Sozialdemokraten zu Gunsten der Nationalliberalen, Ultramontanen und Deutschconservativen unbedeutend verändert. Gewählt sind 11 Nationalliberale, 1 Deutschconservativer, 2 Ultramontane. Der Besitzstand der Nationalliberalen und Ultramontanen ist der gleiche geblieben, wie auf dem vorigen Reichstag, Prinz Wilhelm, der deutschen Reichspartei angehörig, hatte auf eine Candidatur verzichtet, an seine Stelle, aber in einem andern Wahlkreis, ist ein Deutschconservativer getreten. Der Wahlkampf war heftig. Alle reichsfeindlichen, reaktionären und irgendwie unzufriedenen Elemente hatten sich geeint, um den Nationalliberalen den Krieg bis aufs Messer zu erklären. Der Compromiß im Reichsjustizgesetz wurde fast zu Tode gehezt, die ultramontane und demokratische Presse versicherte Tag für Tag, daß die Nationalliberalen sich um allen Credit gebracht hätten. Dazu kam, daß die Deutschconservativen dem Volk vordeemonstrirten, wie einzig der Liberalismus an allem Unheil der Zeit schuld sei, insbesondere auch an der wirtschaftlichen Calamität. Die bekannten geistlichen Agitationsmittel wurden reichlichst zur Anwendung gebracht. Und siehe da! das Endergebniß der Wahlschlacht: der Besitzstand der nationalliberalen Partei ist unverändert. Wir gestehen, daß wir in Anbetracht der großen Anstrengungen, welche gegnerischerseits gemacht wurden, und im Hinblick auf einen gewissen conservativen Zug, der unter dem Druck der mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie nicht geleugnet werden kann, sich da und dort geltend macht, dieses Resultat nicht erwartet hatten. Der gesunde Sinn des Volkes hat seinen Willen wieder einmal klar dokumentirt. In zwei Wahlkreisen waren Stichwahlen nöthig geworden. Die eine derselben (Freiburg) fiel zu unseren

*) Leider liegen seit einigen Tagen Nachrichten vor, welche ein Nachgeben der Badischen Regierung befürchten lassen!

Gunsten aus, indem der nationalliberale Candidat mit 9 Stimmen über den ultramontanen siegte, in der anderen (Pforzheim) ist Solly mit 8714 Stimmen gegen den deutschconservativen Candidaten (10,560 Stimmen) unterlegen. Wenn etwas unsere Freude an dem Gesamtergebniß trüben mag, so ist es der Umstand, daß Solly kein Mandat erlangt hat. Der siegreiche Gegen-candidat, Holzhändler Kätz von Gernsbach, ist ein braver Bürger, Pietist vom reinsten Wasser, im übrigen ein dunkler Ehrenmann, der insbesondere politische Fähigkeit noch nirgend dokumentirt hat. Gleich für den ersten Wahlgang hatten die Ultramontanen auf eine eigene Candidatur verzichtet und den Herrn Kätz acceptirt auf dessen Versprechen hin, daß er für Revision der Maigesetze eintreten werde. Nachdem in Folge der Haltung der Sozialdemokraten und einer querköpfigen sogenannten Fortschrittspartei Stichwahl nöthig geworden, ergab sich das interessante Factum, daß Pietisten, Ultramontane, Fortschrittler und — Sozialdemokraten, deren Bekämpfung bekanntlich zu einem der Hauptpunkte des deutschconservativen Programms gehört, sich für Kätz gegen Solly einten. Da konnte der Sieg nicht ausbleiben. Lächerlich ist's, wenn die demokratische Presse in diesem Unterliegen Sollys eine Verurtheilung der von ihm befolgten Politik durch das „Volk“ erkennen will. Das „Volk“ hat hier nicht gesprochen, sondern alle reaktionären und reichsfeindlichen Elemente im Wahlkreis hatten sich verbündet, um den von ihnen wegen seiner hohen Verdienste um die deutsche und liberale Sache bestgehaßten Mann zu verdrängen. Habeant sibi! Herr Kätz wird in Berlin nicht gefährlich werden. Eigenthümlich aber muß es ihm zu Muth sein, wenn er sich dort als Vertreter der Deutschconservativen betrachten soll, während er doch nicht der Handvoll Pietisten, die sich für ihn begeisterten, sondern den Ultramontanen und Sozialdemokraten den Reichstagsstiz zu verdanken hat. Nächst dieser Wahl hat noch die im 10. Wahlkreis (Karlsruhe-Bruchsal) dadurch ein besonderes Interesse erlangt, daß die Ultramontanen sich mit den Deutschconservativen für den Candidaten dieser letzteren gegen den nationalliberalen Candidaten engagirten, wiewohl erfolglos (8252 Stimmen gegen 7452).

Gelegentlich der Reichstagswahl ist die am 15. November v. J. gegründete deutschconservative Partei zum erstenmal an die größere Oeffentlichkeit getreten. Das Programm der Partei ist bekannt. Es hat sich auf dem Boden desselben in unserem Baden eine eigenthümlich gemischte, aber durch innige Solidarität der Interessen geeinte Gesellschaft zusammengefunden. Die Cadres der Partei — wir wollen, da die Herren sofort als Kriegsführende auftraten, militärische Bezeichnungen anwenden — werden gebildet durch die orthodoxen und pietistischen Geistlichen der evangelischen Kirche, die Füllung geschieht durch den dem geistlichen Heerruf Folge leistenden strenggläubigen Theil der evan-

gelischen Bevölkerung, zumeist der Landbevölkerung, insbesondere durch die vorwiegend auf der Haardt und in der Gegend von Pforzheim zahlreichst verbreiteten pietistischen Conventikel, an denen man das bisher Ungewohnte schauen konnte, daß sie aus der dumpfen Stille ihrer Gebetstüblein herausstraten auf die Arena des politischen Wahlkampfes. Flankirt wird die Truppe von mißvergnügten, sich verkannt wahnenden Herren der hohen Bureaucratie, von Partikularisten, mißstimmten und unzufriedenen Leuten jeglichen Standes, die, durch mancherlei Rücksichten und Bedenken abgehalten, sich nicht unter die Ultramontanen einreihen mögen, nicht einmal als Hospitanten, nun aber gerne die Gelegenheit ergreifen, unter dem Banner der Deutschconservativen ein bischen allergetreueste Opposition machen zu können. In huldvoller Herablassung, hoffend, daß vielleicht ein kleiner Rest alter Feudalherrlichkeit wieder aufleben könne, sind mehrere Herren des hohen Adels à la suite des Regiments getreten, während die persönliche Führung der Cohorte dem klugen, vielgewandten Pfarrer von Wilferdingen, Oberkirchenrath Dr. Mühlhäuser, zufiel. Die Partei läßt in vollen Tönen in das Land hinausschmettern, daß sie dem Volk das wahre Heil bringe. Und sie weiß so schön zu reden, diese Partei, von ihrer Reichsfreundlichkeit, in welcher sie „die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinn stärken und ausbauen“ will, ohne daß „die berechnigte Selbständigkeit und Eigenart der deutschen Staaten, Provinzen und Stämme“ alterirt wird. Auch sind die Deutschconservativen ja nicht reaktionär, denn sie wollen eine „Weiterbildung unseres öffentlichen und privaten Rechtes“. Und wie regierungsfreundlich sind die Herren, indem sie ganz besonderes Gewicht legen „auf die monarchischen Grundlagen unseres Staatslebens und eine kräftige obrigkeitliche Gewalt“! Auch „bürgerliche Freiheit für Alle“ wollen sie, Selbstverwaltung sogar. Aber die confessionelle Volksschule muß erhalten werden, und der Kulturkampf, der ein Unglück ist „für Reich und Volk“, soll durch eine Revision der betreffenden Gesetze zu Ende kommen. Dem Landmann wird vertraulich die Hand gedrückt, und dem Gewerbetreibenden wird Befestigung der wirthschaftlichen Krisis zugesagt. Der Sozialismus endlich wird absolut unschädlich gemacht (NB. nachdem man noch ein und das anderemal sich seiner Unterstützung bei den Wahlen erfreut hat!). Ist's nicht ein gar lieblich Lied, das hier dem Volk in die Ohren summt? Aber wie harthörig unser Volk ist! Das Lied wollte ihm gar nicht gefallen. Und es hat sich sogar die Freiheit genommen, zu behaupten, unsere Deutschconservativen seien nur der nach Süddeutschland verpflanzte Ableger der im Norden schon längst aus der Reihe der politischen Faktoren gestrichenen feudalen Kreuzzeitungspartei. Wahrlich! Die fünfziger Jahre sind noch zu gut im Andenken der jetzt lebenden Generation, als daß es einer hochkirchlichen

Clique gelingen könnte, die Sehnsucht nach jener Zeit in weiteren Kreisen, als etwa in denen des engherzigsten Conventikel=Christenthums zu wecken. Und was die plötzlich so wunderbar volkshreundlich auftretenden Herren des hohen Adels betrifft, so wissen unsere Bauern, daß die Freiheit von Frohuden und Zehnten ihnen nicht durch die Väter dieser Herren errungen wurde, sondern durch den „Liberalismus.“ Und neu aufgetaucht ist in Volkes Mund der alte Spruch:

Wo der Junker ist mit dem Pfaffen im Bund
Da müssen die Bauern gehen zu Grund!

In 5 Wahlkreisen hatte die deutschconservative Partei eigene Candidaten aufgestellt. Die Erkörenen waren: ein Fabrikant, ein Holzhändler, drei Freiherrn. Wirklich politisch leistungsfähig ist unter diesen 5 nur einer, Staatsanwalt v. Marschall in Mannheim, Mitglied der ersten Kammer. Im Ganzen mögen — die Stichwahlen hinzugerechnet — etwa 20,000 Stimmen für die 5 Candidaten abgegeben worden sein. Der Sieg ist, wie bereits oben erwähnt, nur einem zugefallen. Trotz der eifrigsten Agitation eines Theils unserer orthodox pietistischen Geistlichkeit — dieselben haben ganz nach der gleich widerwärtigen Methode ihre religiösen Kampfesmittel zur Anwendung gebracht, wie dies seit Jahren die Priester der römischen Kirche thun — war ein größerer Erfolg nicht zu erzielen. Und rechnet man von jenen 20,000 Stimmen noch die darin steckenden Stimmen der Ultramontanen und der Sozialdemokraten ab, so zeigt sich ein Erfolg von so minimier Natur, daß man über die deutschconservative Partei füglich mit raschen Schritten zur Tagesordnung schreiten kann.

Der Candidat, auf welchen die Partei ihre höchsten Hoffnungen setzte, Freiherr von Marschall, ist im Wahlkampf unterlegen. Es war vergeblich Mühen, daß er, der Junker comme il faut, einige Abende der Mannheimer Ressource opferte, um in den Dorfschenken der Gaardt und in der „Herberge zur Heimath“ in Karlsruhe dem gläubigen Publikum vorzudemonstriren, wie der Liberalismus das Volk ins Unglück gestürzt habe, und wie nur in dem deutschconservativen Programm das rettende Lebenselixir enthalten sei. Es hat nichts gefruchtet, daß, als in die von ihm zu Graben auf der Gaardt abgehaltene Wahlversammlung hinein die Abendglocke tönte, der innerlich nichts weniger als pietistisch gerichtete Reichstagscandidat mit den anwesenden pietistischen Pfarrern und Landleuten, denen es Ernst sein mochte, die Hände zum Gebet faltete — laßt unseren Herrgott aus dem Spiel! Es war umsonst, daß der jugendlich strebsame Freiherr und Candidat der Zukunft für den Posten des badischen Ministerpräsidenten sich in seinen Wahlreden so geschickt auszu-

drücken wußte, daß die Ultramontanen mit wahrer Begeisterung geschlossen für ihn stimmten. Der Reichstagsitz wurde nicht erlangt, und — die Chancen für den Ministerpräsidentenposten haben sich in Folge all des Vorgefallenen wohl auch nicht günstiger gestaltet.

29. Januar 1877.

Hr.

Der vorletzte russisch-türkische Krieg.

2. Im Jahre 1829.

Von beiden Seiten wurde während des Winters von 1828 zu 1829 eifrig gerüstet. Der Kaiser Nikolaus brachte das gegen die Türken bestimmte Heer auf 160,000 Mann, vermehrte die Cavallerie und Artillerie beträchtlich, stellte an die Spitze der Truppen den geschickten General Diebitsch und verzichtete, um dessen Dispositionen nicht zu stören, auf persönliche Betheiligung am Feldzuge. Von großer Bedeutung war endlich, daß die Operationen der Russen diesmal gleich Anfangs durch ihre Flotte unterstützt werden konnten. Daß İzzet Pascha, der als nunmehriger Großwesir an der Spitze der türkischen Kriegführung stand und sein Hauptquartier zu Aidos hatte, die hierdurch bewirkte Veränderung der Lage nicht erkannte, war verhängnißvoll. Ueberzeugt, daß der Angriff sich wieder auf die Balkanpässe richten werde, nahm İzzet seine Stellung so, daß der Balkan mit Aidos zur Rechten und Schumla zur Linken seine Hauptvertheidigungslinie war und die Donaufestungen Widdin, Rustschuk und Silistria seine Vorhut bildeten, während er in der Hauptstadt des Reiches seine Reserve hatte. Die Küste blieb unvertheidigt, und so geschah es, daß in den ersten Tagen des Februar schon eine russische Flotte in den südlich vom Balkan gelegenen Meerbusen von Burgas einlaufen und sich der den Eingang in diesen schützenden Festungen Sisebolu und Achjolu bemächtigen konnte, womit den Russen die Möglichkeit gegeben war, im Rücken der türkischen Armee aufzutreten und sie in der Flanke zu fassen. Daraufhin erfolgte die Absetzung İzzets, an dessen Stelle Reschid Pascha trat, der sich im Kriege mit den Griechen ausgezeichnet hatte. Ein Versuch Hussein Paschas, Sisebolu wieder zu erobern, wurde von den Russen blutig zurückgewiesen.

Um die Mitte des April verließ die russische Armee ihre Winterquartiere, ging bei Hirsowa über die Donau und sammelte sich im Laufe des Monats in einem bei Tschernawoda aufgeschlagenen Lager, wo man dann die Belagerung Silistrias vorbereitete. Am 13. Mai brach Diebitsch mit einem Theile